

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 6

Artikel: Doch ein neuer Ton : in Polen ist kein "Prager Frühling" möglich, aber...
: die polnische Presse zwischen Tabus und Aussage
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095396>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZEITBILD

AZ 3000 Bern 6

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

12. Jahrgang Nr. 6
Erscheint alle zwei Wochen
Bern, 24. März 1971

In Polen ist kein «Prager Frühling» möglich, aber ...

Doch ein neuer Ton

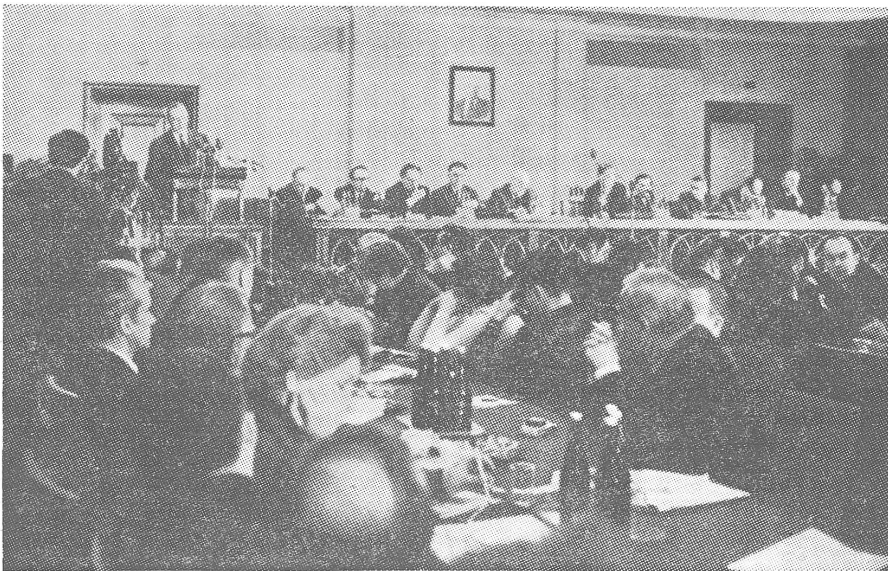
Die polnische Presse zwischen Tabus und Aussage

Wir haben die Feststellung schon wiederholt getroffen, und wir schicken sie auch diesmal voraus: In der heutigen Landschaft Osteuropas ist angesichts der sowjetischen Haltung irgendein Emanzipationsprozess in der Art des «Prager Frühlings» undenkbar und unmöglich. Und gerade in Polen ist sich die Führung sehr bewusst, wie gefährlich ihr auch nur ein Verdacht in diese Richtung wäre. Sie hat es angetönt, und die Presse hat es in Einzelfällen auch ganz direkt gesagt. Aber gerade deshalb ist es eigentlich erstaunlich, was diese Presse sonst noch sagt. Im Rahmen der Tabus, ja. Aber in einem erweiterten Rahmen. Was von der erweiterten Freiheit in einigen Monaten übrigbleiben wird, ist ungewiss. Aber inzwischen sind diese Aussagen festzuhalten, schon um ihrer selbst willen.

Bei den Arbeiterunruhen vom Jahresende mit Streiks bis Mitte Februar hat es sich keineswegs nur um wirtschaftlich motivierte Manifestationen gehandelt, sondern auch um eine politische Krise. Das ist übrigens auch von der neuen Führung um Parteichef Gierek durchaus anerkannt worden. Das offizielle Warschau hat sich ausserstande gesehen, es bei der Diagnose von blosser Unzufriedenheit wegen Preiserhöhungen bewenden zu lassen, wie man es da und dort im We-

sten — päpstlicher als der Papst — zu machen suchte.

Vor dem Zentralkomitee-Plenum, das vom 4. bis 7. Februar in harter Weise mit der Vergangenheit des Regimes abrechnete, sprach Gierek deutlich von einem «Konflikt mit der Arbeiterklasse», etwas, was es in einem sozialistischen Staat eigentlich gar nicht geben dürfte. Nach seiner Darstellung waren die Werktätigen unzufrieden mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit den



Die 8. ZK-Tagung vom Februar brachte zunächst die systemüblichen Beschuldigungen gegenüber gestürzten Führern und eliche Versprechen, die schon Gomulka gegeben und gebrochen hatte. Aber es zeigt sich jetzt, dass es doch nicht beim blossen Bla-Bla-Bla sein Bewenden hatte. Auf dem Gebiet der Informationspolitik und der öffentlichen Meinung hat sich etwas geändert. Wie lange das anhalten kann, ist eine andere Frage, aber mittlerweile ist es zu registrieren.



Stb.

IN DIESER NUMMER

Gespräche mit Chruschtschew 2

Aufschlussreiche Dinge hinter den Reminiszenzen der Memoiren von Vukmanovic-Tempo

Was in Budapest «Spionage» ist 6

Sozusagen ein Epilog zu den Erinnerungen von Ervin György

Der Pressekommentar 7

Man weiss, dass General Ky ein Hitlerverehrer ist. Weiss man es wirklich? Peter Sager zeigt die Entstehung einer Legende.

Was europäische Moralisten so vergessen 8

In Uruguay richtet sich der Terror der Tupamaros gegen eine Demokratie. Die lateinamerikanische Uebersicht von Alphonse Max

Porträt sowjetischer Oppositioneller 10

Valerij Tarsis über einen sowjetischen Chansonnier, der heute dank Auftrittsverbot vornehmlich Samisdat-Autor ist.

Führungsmethoden, mit der Tätigkeit von Partei und Staat. Und diese Unzufriedenheit habe sich in eine Vertrauenskrise gesteigert. Der alten Führung warf er vor, weder die Wünsche der Partei noch der Bevölkerung beachtet zu haben, in ihren Entscheidungen willkürlich gewesen zu sein. (Wer das vor drei Monaten im Westen gesagt hätte, wäre natürlich ein ganz übler «kalter Krieger» gewesen; nun, da es Gierek selber sagt, besteht der «kalte Krieg» vermutlich im Hinweis darauf.)

Aber diese Abrechnung durch Männer, die alle schon hohe Stellungen in der alten Führung gehabt hatten, wirft eine Reihe von Grundsatzfragen auf. Vor allem die Frage, ob das politische System denn solche Willkür einfach zulässt, ob es am Belieben der Führung liegt, die «sozialistische Demokratie» zu handhaben oder nicht zu handhaben.

Behandelt wird das Versagen der Partei ...

Grundsatzfragen dieser Art dürfen von der Presse nicht im Klartext ausgesprochen oder gar beantwortet werden. Aber mit erstaunlicher Klarheit wird einfach im Sinne einer Feststellung ausgesprochen, dass das Vertrauen in die allein massgebliche Kraft von Staat und Gesellschaft, in die Partei, nicht mehr besteht.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Bibliothek der
Hochschule
Leonhardstr. 33
8006 Zürich

800

Monate später sehr wohl das Bedürfnis nach regulären Panzerverbänden zur «Behandlung» Ungarns empfand, wird man heute bei der Konzeption der Armee als bewaffnetes Volk im kommunistischen Kontext (sonst wäre ja auch die Schweiz noch da) schon eher an Mao Tse-tung erinnert, aber Affinitäten ergeben sich nun einmal häufig dort, wo man sie just nicht vermutet. Vukamovic-Tempo dachte während dieser visionären Ausführungen jedenfalls an die voraus-sichtliche Reaktion der Generalität, wenn ihr zugemutet werden sollte, auf die Armeestrukturen samt den eigenen materiellen und gesellschaftlichen Positionen zu verzichten. Ueberhaupt schien ihm unklar, mit wem Chruschtschew diese Revolution — denn um eine solche, und nicht um eine Reform handelte es sich nach seinem Empfinden — durchführen wollte. Es zeigte sich, dass auch Chruschtschew der Grenzen halbwegs bewusst war. Tempo:

Ich bewundere seine Gedanken, zweifelte aber an der Möglichkeit, sie alle zu verwirklichen. Insbesondere dann, wenn ich an die Zusammensetzung der sowjetischen Führung dachte, die ja auch am 20. Parteikongress bestätigt worden war. Deshalb erzählte ich ihm den Inhalt des Gespräches, das ich im vergangenen Herbst mit mehr als der Hälfte des KPdSU-Polibüros geführt hatte. Ich teilte ihm auch meine Eindrücke davon mit. Er war in grossen Zügen darüber schon informiert. Jedenfalls verhehlte er nicht, dass es innerhalb der Führung zu Meinungsverschiedenheiten komme.

«Zurzeit bin ich immer noch in der Minderheit mit meinen Ansichten», gab er offen zu. «Ich bin nicht in der Lage, meine Pläne durchzuführen. Aber das wird sich noch ändern!»

Ich hatte den Eindruck, vor mir einen Menschen mit starkem Willen zu haben, einen Revolutionär, der bereit war, das Werk Stalins abzubauen, um zu Lenin zurückzukehren. Damit hatte er meine Sympathie und Hilfsbereitschaft gewonnen. Wir trennten uns als grosse Freunde.

Moskau 1960: Sowjetisches Lächlein hebt sowjetisches Vertragsbrüchlein auf

Die Freundschaft hinderte nicht, dass Chruschtschew vier Jahre später Vukmanovic-Tempo (allerdings diesmal im Beisein anderer hoher Sowjetfunktionäre im Kreml) etliche unangenehme Dinge an den Kopf warf, unter anderem die Beschuldigung, Jugoslawien spionierte gegen die Sowjetunion. Tempo bedauerte bei dieser Gelegenheit, dass man «Spionage» nenne, was eigentlich unter sozialistischen Ländern Gegenstand des Informationsaustausches sein sollte.

Später in Belgrad kam übrigens Tempo auf die Sache zurück. Er liess sich vom Sicherheitsdienst bestätigen, dass die sowjetische Botschaft in Belgrad nachrichtendienstlich tätig war, und gab diese Information nachträglich an Chruschtschew weiter — durch den sowjetischen Botschafter!

Das war beileibe nicht die einzige stürmische Auseinandersetzung in jenem sechsstündigen Gespräch (in dessen Verlauf Chruschtschew übrigens auch meinte, Jugoslawien solle sich bloss keine Hoffnungen auf einen sowjetischen Bruch mit China machen, denn die Beziehungen zu Peking seien gut), aber es endete trotzdem in einer sehr herzlichen Atmosphäre.

Als die grösste Spannung mit der schlichten Feststellung eines frischen sowjetischen Vertragsbru-

Doch ein neuer Ton

(Fortsetzung von Seite 1)

«Glos Szeceinski» (14. Januar) spricht etwa von der «grossen Sorge (in den Parteigrundorganisationen) um die Wiederherstellung des Vertrauens in die Partei». Ueber eine Versammlung der Parteimitglieder in der städtischen Reparatur- und Bauunternehmung Szecein schreibt die Zeitung:

«Die Erklärungen, die von den neuen Vertretern der Parteiführung abgegeben wurden — so sagten die Redner —, scheinen den echten Wunsch auszudrücken, vergangene Fehler gutzumachen, das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung in Partei und Staatsverwaltung wiederherzustellen. So weit haben wir diese Worte für bare Münze genommen. Wir werden die gegenwärtige Politik mit unsern Taten und unserer ehrlichen Arbeit unterstützen, aber dafür wollen wir jene Dinge erhalten, die jeder Mensch zum Leben braucht.»

So also sprechen schon die Mitglieder. Aus der gleichen Versammlung werden übrigens ein paar dieser Dinge genannt, zum Beispiel Wohnraum. Man erfährt aus der gleichen Versammlung, dass Bauarbeiter «mit grossen Familien» neun bis zwölf Quadratmeter zur Verfügung haben. Durch solche Berichte werden auch allgemeine Ausdrücke, wie «unbefriedigende Verhältnisse», konkreter dargelegt. Der Zeitung «Glos Pracy» (Warschau, 3. März) liess sich etwa zum gleichen Thema entnehmen, dass die Lehrer in Ortschaften unter 2000 Einwohnern meistens keine Wohnungen mit Heizungen und funktionierenden sanitären Installationen haben; häufig fehlt ihnen sogar ein Ofen und manchmal die Küche.

Relevante Fragen stellte «Glos Szeceinski am 19. Januar in einem Redaktionsartikel vor:

«An einer der jüngsten Versammlungen in den Warski-Werften sagte ein gewisser Arbeiter, ein altes Parteimitglied, unter anderem: „Wie war es möglich, dass es zu einem solchen Konflikt zwischen der Volksmacht und der Arbeiterklasse gekommen ist? Warum wurden wir Arbeiter, und unter uns Parteimitglieder, zum Streik gezwungen? Während all der vergangenen Jahre haben wir jeden Ruf der Partei befolgt, weil wir glaubten, die Entscheidungen der Parteiführung seien gerecht und durch unser Interesse motiviert. Wir glaubten das sogar dann, als das Klima, welches allmählich die Partei durchdrang, einen aufrichtigen Meinungsaustausch nicht länger möglich machte...“

Die Leute, die mit berechtigter Bitterkeit so sprechen, sind die Aktivisten der Grundorganisation. Sie haben volles Recht auf Bitterkeit. Wenn man sie mit bestimmten Aufgaben betraute, ohne dass sie sich wegen der Parteidisziplin dazu äussern durften, führte ihr Gehorsam nur dazu, die

Entfremdung zwischen Partei und Gemeinschaft zu verstärken. Gleichzeitig stärkte ihr Gehorsam die Bürokratie und den Formalismus... in den Parteioorganisationen, die lediglich, wie ein anderer Redner betonte, die Beschlüsse von oben weiterzuleiten hatten. Unter solchen Bedingungen gab es ganz einfach keine Möglichkeit zu einem Dialog zwischen den Grundorganisationen und den gewöhnlichen Parteimitgliedern, von den Nichtmitgliedern der Gemeinschaft ganz zu schweigen...»

Unter den Beispielen für die herrschende Praxis wird ganz offen erwähnt, dass die Delegierten zum Parteikongress von oben bestimmt und sogar dann «gewählt» wurden, wenn die zuständigen regionalen Konferenzen sie abgelehnt hatten.

... und die Inexistenz der Gewerkschaften

Es gehört zu den «sattsam bekannten Vorurteilen unverbesserlicher Antikommunisten», dass die Gewerkschaften in kommunistischen Ländern keineswegs die Interessen der Arbeitnehmer, sondern die Interessen der Arbeitgeber vertreten. Wobei das formelle Eigentum der Arbeiter an den Produktionsmitteln keine Rolle spielt, weil sie darüber nicht verfügen können.

Nun erfahren wir durch die kommunistische Presse Polens, dass die dortigen Arbeiter diese «Vorurteile» auch haben. Unumwunden schreibt «Polityka», Warschau (30. Januar):

«In den Augen der Werktätigen beschränkt sich die Tätigkeit der Gewerkschaftsräte auf die Verwaltung von „Objekten des Staatseigentums“ und bezieht sich auf nichts anderes. Falls ein Gewerkschaftsrat ein Programm zur Besserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen ausarbeitet und dazu Wünsche an die Betriebsführung leitet, so unternimmt die Gewerkschaft diese Schritte immer in Uebereinstimmung mit der Auffassung der Betriebsleitung und der Parteioorganisationen. Aber sogar dann hat die Gewerkschaft kaum die Möglichkeit, ihre Forderungen durchzusetzen, da sie einfach zu schwach dazu ist. Wenn man die Arbeitsprogramme von Betriebsleitung, Parteioorganisation, Gewerkschaft und Arbeiterrat miteinander vergleicht, so sieht man, dass sie beinahe Wort für Wort identisch sind. Unterschiede gibt es nur in Nuancen und Akzenten. Die Folge davon ist, dass die Belegschaft die Grenzen der Kompetenz von Gewerkschaft und Betriebsleitung nicht sieht.»

Die Zeitung warnt im übrigen davor, dass die Gewerkschaften nur die unmittelbaren Belegschaftsinteressen sehen sollten, und weist in diesem Zusammenhang interessanterweise auf die

(Fortsetzung auf Seite 6)

ches bezüglich eines Wirtschaftsabkommens erreicht war, placierte Chruschtschew einen Scherz auf Kosten des anwesenden Mikojan (damals erster stellvertretender Ministerpräsident), indem er sagte, wer mit einem so unsoliden Partner wie Mikojan ein Abkommen vereinbare, sei schliesslich selber schuld, wenn die Sache schiefgehe. Eigentlich eine erstaunlich richtige und übertragbare Anmerkung zum Wert von Vereinbarungen mit sowjetischen Partnern, aber sie

bewirkte jedenfalls dort und dann die Herstellung fröhlicher Freundschaftlichkeit, zu der Tempo seinerseits einen jugoslawischen Witz mit antisowjetischer Schlagseite beisteuerte, der Chruschtschew sehr zum Lachen brachte.

Unter diesem Eindruck kehrte Tempo voll Optimismus nach Belgrad zurück. Er merkt an, dass die jugoslawischen Kollegen seinen Optimismus nicht teilen und recht behielten. ■

Sozusagen ein Epilog zu Ervin Györgys Erinnerungen

Der Fall Maria Kerenyi

Im ZB Nr. 5/1971 beendete Ervin György seine Erinnerungen, die seine Tätigkeit in der ungarischen Friedensbewegung betrafen. Nach Chruschtschews Sturz erlebte der Gedanke der «friedlichen Koexistenz» eine neue Auslegung: mit dem Hinweis auf die «Gefahren westlicher Auflockerungstendenzen» wurde die ideologische Auseinandersetzung mit dem Westen wieder verschärft. Allzu kontaktfreudige Personen wurden über Nacht zu «staatsgefährdenden Elementen». Auch Ervin György wurde beschuldigt, statt die Politik der friedlichen Koexistenz zu betreiben, «westlichen Auflockerungsversuchen» Tür und Tor geöffnet zu haben. Ervin György hat die Folgen dieser Anschuldigungen nicht abgewartet, sondern ist in den Westen geflohen. Welches diese Folgen gewesen wären, zeigt nun der Fall Maria Kerenyi, der man jetzt den Prozess machte.

Frau Maria Kerenyi war im Institut für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland als Referentin für Fragen zwischen Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland zuständig. Von deutscher Seite oblag die Bearbeitung solcher Probleme im Rahmen der hierfür ohnehin begrenzten Kompetenzen der westdeutschen Handelsvertretung in Budapest dem (seither abberufenen) Mitarbeiter Vergau. Für ihn war Frau Kerenyi das offizielle Gegenüber. Worum ging es überhaupt in dieser «Zusammenarbeit»?

Auftritte ungarischer Künstler, Vorlesungen ungarischer Gelehrter und Schriftsteller in Deutschland oder Deutscher in Ungarn sollten gegenseitig genehmigt und zeitlich koordiniert, Ausstellungen organisiert werden. So war unter anderem das Ergebnis der Arbeit von Maria Kerenyi, dass im Mai 1968 im Westberliner Bezirk Charlottenburg eine «Ungarische Woche» gehalten wurde, an der zahlreiche namhafte Künstler aller Kunstbereiche mit grossem Erfolg für ihr Land warben, oder die ebenfalls sehr erfolgreiche Kunstausstellung im Mai 1969 in Rothenburg ob der Tauber. Maria Kerenyi hatte die Vorlesungsreise von Tibor Dery im Jahre 1967 in der BRD organisiert, ferner die Auftritte zahlreicher Orchester und Solisten, oder das Gastspiel namhafter Zigeunerkapellen.

Aber statt ihr Anerkennung zu zollen, machte man Maria Kerenyi im Februar dieses Jahres in Budapest den Prozess. Sie wurde zu sieben Jahren Zuchthaus, zum Verlust ihres Privateigentums und zu acht Jahren Verlust ihrer bürgerli-

chen Rechte verurteilt. Sie hätte «staatsgefährdende» Kontakte zu dem früheren Mitarbeiter der westdeutschen Handelsvertretung in Budapest, dem Legationsrat Vergau, unterhalten, hiess es in der Urteilsbegründung.

Der Prozess fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, aber ungarische Zeitungen haben mit halben Seiten, das Fernsehen mit einer 45-minütigen «Dokumentation» darüber im Detail berichtet. Auf dem Bildschirm erschien Frau Kerenyi abgehärtet und sichtlich strapaziert in der Endphase ihres Prozesses. Aber dann wechselte plötzlich das Bild, und man konnte sie frisch frisiert, fürs Fernsehen geschminkt als «Dame» wiedererblicken. Bereitwillig antwortete sie auf die Frage ihres unsichtbaren Interviewers: «Was ich getan habe, das war das abscheuliche Ergebnis eines weitverbreiteten Prozesses unserer Zeit. Wir nennen diesen Vorgang „Auflockerung“. Was sich in mir selbst vollzog und vielleicht in vielen anderen meiner Landsleute, könnte man aber auch „Auflösung“ nennen.»

Die ungarische Presse schrieb schlicht vom «Spionagefall Kerenyi» und beschuldigte die Bundesrepublik, ihre Wühlarbeit im Untergrund und unter Vorwand der «friedlichen Koexistenz» zu intensivieren. Die antideutsche Kampagne fand just zu der Zeit statt, als Aussenminister Peter die «Normalisierung» der westdeutsches-ungarischen Beziehungen beschwor. Dieser merkwürdige Zusammenfall veranlasste den «Kölnen Stadtanzeiger» am 2. März d. J. zur Bemerkung: «Einen Widerspruch sehen (Bonner)

Zwischenbilanz

In der letzten Nummer hatte Valerij Tarsis hier die Novelle «Zwischenbilanz» von Jurij Trifonow besprochen, die in der Dezemberrnummer von «Nowi Mir» erschienen war. Die Meinung, dass diese Erzählung ein obrigkeitliches Aergernis sein müsse, hat sich inzwischen bestätigt. In der «Literaturnaja Gaszeta» vom 3. März wird die Frage nach dem Standpunkt des Autors gestellt, von dem man bezüglich klarer Einstellung besseres gewohnt sei (Trifonow hat durchaus gehorsame Werke hinter sich). Die «Zwischenbilanz» enthalte unverständlicher Weise nicht einen einzigen Hinweis darauf, dass es ausserhalb der geschilderten tristen Zustände noch die «grosse Welt der Menschen» in der Sowjetgesellschaft gebe. Der Kritiker Jurij Andrejew vermisst den Hinweis, weil Trifonow offensichtlich die Sache vermisst.

Leider ist noch etwas weiteres zu vermerken. Die letzte Nummer von «Nowi Mir» enthält nichts mehr, was bei der Obrigkeit Anstoss erregen könnte. Eine Phase? Eine Wende? Eine Zwischenbilanz? Man wird es sehen.

Regierungskreise zwischen den Andeutungen (des ungarischen) Aussenministers Peter und der gleichzeitig gestarteten Kampagne ungarischer Zeitungen gegen eine angebliche westdeutsche Spionagetätigkeit. Möglicherweise agierten hier zwei verschiedene Richtungen in der Deutschlandpolitik Ungarns gegeneinander.»

Was aber hat Maria Kerenyi für die Deutschen ausspioniert? Was ungarische Presse und Fernsehen in Einzelheiten dazu berichtet haben, klingt so banal, dass man sich nur wundern kann, wenn man vermutet, die stalinistischen Schauprozesse gehörten zu einer längst überwundenen Vergangenheit. Da wird dargelegt, Frau Kerenyi habe ihre Besprechungen mit Herrn Vergau nicht auf offizielle Treffen in den Amtsstuben des Institutes für kulturelle Beziehungen zum Ausland beschränkt. Im Laufe der Jahre habe sie sich mit ihm auch in diesem oder jenem Café von Budapest bei Coca-Cola getroffen. Herr Vergau habe die ungarische Dame

Doch ein neuer Ton

(Fortsetzung von Seite 5)

Gewerkschaften in kapitalistischen Ländern hin, die trotz ihrem Klassenkampf gegen das kapitalistische System verstanden hätten, dass sie eben auch die allgemeine technische Entwicklung unterstützen müssten, da davon letzten Endes der Lohn der Werktätigen abhängt. Hm. In Polen ist es offenbar bekannt, dass die Gewerkschaften im Westen zum Beispiel für Lohnerhöhungen kämpfen, was den Gewerkschaften in sozialistischen Ländern nicht zusteht. Deshalb dieser Hinweis auf den Westen, dessen gewerkschaftliche Möglichkeiten offenbar unter den Arbeitern Polens einen guten Ruf haben. Aber dass man in Polen ausgerechnet das Masshalten der westlichen Gewerkschaften lobt, ist schon pikant.

Aber abgesehen davon verurteilt die Zeitung doch die polnische Praxis:

«Unter dem Druck der politischen Führung hat sich die Gewerkschaft immer mehr auf die Unterstützung der Administration konzentriert.»

Die Gewerkschaftszeitung «Glos Pracy» (20. Februar) verteidigt grundsätzlich das Gewerkschaftssystem des Landes, verurteilt aber, dass es nicht funktionierte, um die Arbeiterinteressen zu wahren:

«Das Gesetz über Arbeitssicherheit und Arbeits-hygiene von 1966 ist immer noch nicht verwirklicht... Kantinen, Umkleide- und Waschräume wurden als Produktionsräume beschlagnahmt, aber bezeichnenderweise hörte man nie etwas von einem Protest von seiten der Arbeiter. Die Energie der Gewerkschaftsfunktionäre war auf Wirtschafts- und Produktionsprobleme gerich-

tet... An einer Versammlung — der Bericht-erstatte war Zeuge dieses Zwischenfalls — war ein Gewerkschaftsfunktionär kühn genug, vitale Klagen von Arbeitern seiner Gewerkschaft vorzubringen; das Präsidium der Versammlung bedachte ihn mit Ausdrücken wie „Demagog“ und „Defaitist“. An der nächsten Versammlung sprach dieser Genosse überhaupt nicht mehr.»

Unter Bezugnahme auf Ausführungen Giereks ruft der Artikel dazu auf, «das Vertrauen der Fabrikarbeiter in die Gewerkschaften wiederherzustellen».

Die Pressefreiheit wird zum Thema

«Die Presse lügt!» Diesen Slogan hatten die Streikenden in den Küstenstädten auf Transparenten getragen und skandiert. «Vollständige In-

(Fortsetzung auf Seite 12)

Doch ein neuer Ton

(Fortsetzung von Seite 6)

formation» und «offene Diskussion» hat denn auch zu den Dingen gehört, welche die neue Führung in Aussicht gestellt hat. Dass beides in Grenzen gemeint war, versteht sich, und die Unterschlagung der Forderungen, die z. B. Kardinal Wyszynski erhoben hatte, in den polnischen Massenmedien, hatte etwa gezeigt, wo die Grenzen durchgehen. Indessen hat sich die offizielle Informationspolitik tatsächlich gebessert; beispielsweise wird seit 17. März über Präsidiumssitzungen der Partei wenigstens inhaltlich kurz informiert, während man früher nicht einmal gewusst hatte, wann sie stattgefunden hatten. Dass ebenfalls Ansätze zu einer offeneren Diskussion da sind, zeigen die Beispiele aus der polnischen Presse. Aber hier wird ein neues und zentrales politisches Thema berührt: die Pressefreiheit.

Tatsächlich ist das Problem der Zensur — mit einiger Vorsicht — angeschnitten worden. Und wenn das in den Massenmedien möglich ist, ist das immerhin schon etwas.

In der «Polityka» vom 23. Januar hatte Mieczyslaw Rakowski, der Chefredaktor, einen Beitrag folgendermassen eingeleitet:

«Da ist ein wachsender Haufen von Leserbriefen auf meinem Pult. Sie schreiben mir über die Dezember-Ereignisse. Einige verlangen, dass ich ihre Briefe in extenso veröffentliche, andere sagen, sie wollten mich bloss darüber informieren, was sie denken, wieder andere meinen, ich werde ihre Briefe nicht publizieren, auch wenn sie es wollten, weil — wie wir alle wissen — die Zensur sie nicht durchlassen würde.»

Dieser Meinung widerspricht Rakowski nun keineswegs:

«Sind technische Gründe die einzigen, warum diese Briefe nicht gedruckt werden können? Nein, es sind nicht die einzigen. Es gibt auch Gründe politischer Natur. Wann immer ich über Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung entscheide, bin ich mit dem Problem der gesell-

schaftlichen und politischen Verantwortlichkeit eines Chefredaktors konfrontiert. Man könnte sagen, dies lasse sich auf verschiedene Weise interpretieren. Das trifft zu. Aber diese Feststellung beseitigt das Problem nicht.

Wenn ich eine Veröffentlichung redigiere, kann ich nicht umhin, eine Anzahl von Umständen in Betracht zu ziehen, wobei ich der strengste Zensor von mir selber bin. Ich kann beispielsweise die Tatsache nicht übersehen, dass wir nicht in einem Vakuum leben und dass der Ausdruck „raison d'Etat“ nichts Abstraktes ist, sondern etwas sehr Reales. Ich bin überzeugt, dass der Leser an meiner Stelle diese Prinzipien ebenfalls beachten müsste.»

Rakowski erwähnt, dass viele Briefe Forderungen nach «plötzlichen, sofortigen und — würde ich sagen — maximalen Aenderungen» enthalten. Er sagt nicht, dass solche Aenderungen grundsätzlich nicht wünschbar wären, noch dass ihre Publikation eigentlich nicht erwünscht wäre, sondern er merkt lediglich an:

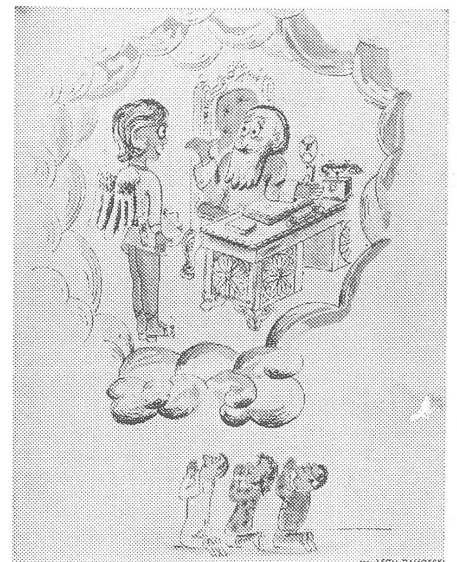
«Ich denke persönlich, dass unter den gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen in Polen die einzige realistische Entwicklung evolutionärer Natur ist. Wäre es im nationalen und gesellschaftlichen Interesse gerechtfertigt, Forderungen zu erheben, die sich aus offensichtlichen Gründen nicht erfüllen lassen?»

Es ist wohl unmöglich, in diese Stelle zuviel hineinzuinterpretieren, wenn man sie so zusammenfasst: «Natürlich wären auch Forderungen von Andersdenkenden zu publizieren, aber ihr seht, die Machtverhältnisse lassen es nicht zu.»

Eine indirekte Apologie der Pressefreiheit veröffentlichte in Fortsetzungen die «Zycie Warszawy» im Februar. Die Autoren Dzewanowski, Jaruzelski und Zielenski stellen eine erhebliche Besserung seit dem Dezember fest, betrachten sie aber noch nicht als genügend:

«In unserem Lande hatte die Information eine schlechte Zirkulation. Das war bis zum Dezember 1970 schon ein chronisches Uebel geworden. Und was ist jetzt?

Eine wahrhaftige Neuigkeit in unsern Massen-



«Warum gibt es plötzlich so wenig Bitien und Klagen?» — «Die Gewerkschaften haben jetzt einen Teil davon übernommen.» («Szpilki», Warschau, 14. März)

informationsmedien waren die Berichte über die Versammlungen der Gdanskter Werftarbeiter mit Staats- und Parteiführern. Wir sahen einen kleinen Ausschnitt politischen Lebens. Aber das ist erst ein Anfang. Die Forderung nach grösserer und wahrheitsgetreuerer Information hatte zu den wichtigeren Anliegen der Arbeiter in Gdansk und Szczecin gehört. Und sicherlich nicht nur dort.»

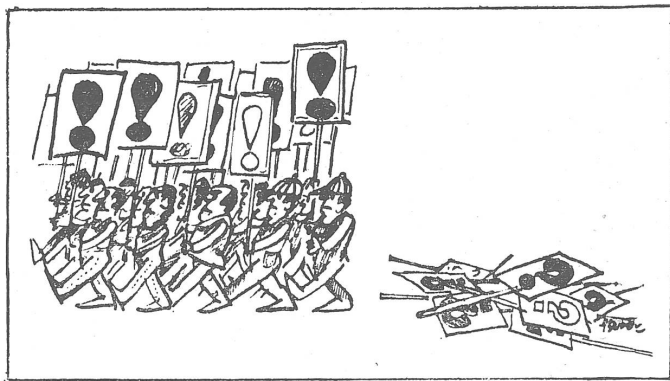
Wo die Grenzen des Informations- und Meinungsaustausches liegen, wird ebenfalls ganz einfach registriert:

«In gesellschaftlichen und politischen Belangen sind der Diskussion Grenzen durch die ideologischen Grundlagen unseres Systems gesetzt. den wichtigeren Anliegen der Arbeiter in Gdansk neue Ideen vorbringt ... sollte nicht deswegen in Schwierigkeiten geraten.»

Und die Autoren plädieren für die Zulassung verschiedener Meinungen, da sonst keine richtige Entscheidung gefällt zu werden vermöge.

*

Bei all diesen Stimmen ist die Klarheit in der Absage an das Bisherige deutlich. In der Auslegung dessen, was an seine Stelle treten soll, liegt die Schwierigkeit. Einige Andeutungen sind sogar in der Führung darüber gemacht worden. So eine vermehrte Unterscheidung der Partei- und Staatsorgane in ihren Kompetenzen. Eine Aufwertung des Parlaments. Aber man darf hier nicht zu weit gehen. Denn wegen Konsequenz in diesen Dingen sind die Sowjets 1968 in die CSSR einmarschiert. cb



Arbeiterdemonstrationen in einer Karikatur, die mehr als eine Deutung zulässt. Heisst das hier: «Schluss mit Fragen, jetzt fordern wir!», oder heisst das viel zäher: «Unsere Fragen sind gelöst, jetzt sind wir einverstanden!»? («Szpilki», Warschau, 14. März)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut • Domizil: Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6 • Telefon 031 43 12 12 • Telex: 32 728 • Telegramm: Schweizost • Redaktion: Peter Sager, Christian Brügger • Mitwirkung: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Ost-Instituts und Auslandskorrespondenten • Administration und Inseratenverwaltung: Peter Dolder • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—), Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 3 • Postcheck ZeitBild 30-24 616 • Banken: Spar + Leihkasse Bern, Konto 153.400.50; Deutsche Bank, Frankfurt a. M., Konto 78-2409.

Das Schweizerische Ost-Institut widmet sich der Forschung und Information über internationale Entwicklungen • Tätigkeitsgebiete: ZeitBild (Zweiwochenzeitung) • Bulletin d'études politiques (Monatszeitung) • Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa) • Freier Korrespondenz-Dienst (Artikel für die Presse) • Service de presse I. S. E. (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI • Vortragsdienst • Buchhandlung (kostenlose Monatsübersicht: Das politische Buch) • Verlag.